

Empfehlungen für eine nationale Engagementstrategie erarbeitet

Zweite Runde des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation



Das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ wurde 2009 vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eingerichtet. Dort kommen unabhängige Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und aus Politik sowie Verwaltung zusammen. Sie entwickeln eine engagementpolitische Agenda und begleiten die Bundesregierung bei Umsetzung einer nationalen Engagementstrategie.

Die inhaltliche Arbeit des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation findet in zeitlich und thematisch begrenzten Dialogforen statt, in denen politische Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet werden. Die Arbeit der Dialogforen wird ergänzt durch eine breite Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel im Web-2.0-Format und durch einen Fachkongress. Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation stellt damit einen Meilenstein in der Entwicklung einer Engagementpolitik unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wirtschaft dar.

Zum Start des Nationalen Forums kamen 2009 über 300 unabhängige Expertinnen und Experten zusammen, um in zehn themenspezifischen

Dialogforen erste Eckpunkte einer nationalen Engagementstrategie zu entwickeln. Dabei wird Reformbedarf in mehr als sechzig Handlungsfeldern aufgezeigt. Zu den zentralen Empfehlungen gehören: die Akteure in Bund, Ländern und Kommunen besser zu vernetzen, generationsoffene und zugleich interkulturell offene Engagementangebote bereitzustellen und mehr freiwillig Engagierte zu qualifizieren. Zudem wird ein Gesetz zur nachhaltigen Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und ein Engagementförderplan des Bundes empfohlen. Die Eckpunkte sind in einem ersten Zwischenbericht des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation dokumentiert.

Anfang 2010 ging die Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie in die zweite Runde.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) stellte bei der Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestags am 24. März die neue engagementpolitische Agenda ihres Hauses für die laufende Legislaturperiode vor und verwies dabei auch auf die Empfehlungen des Nationalen Forums. So sollen etwa die Jugendfreiwilligendienste gestärkt und für Menschen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten attraktiver gemacht werden. Zudem solle ein Freiwilligendienstestatusgesetz

einen einheitlichen transparenten und der Rechtssicherheit dienenden Mindestrahmen für alle Freiwilligendienste schaffen. Das ungenutzte Engagementpotenzial älterer Menschen gelte es stärker anzusprechen und das Engagement in der Pflege sowie die Anerkennungskultur des Engagements zu stärken – etwa durch Kompetenznachweise und Schulzeugnisse. Auch die Engagementforschung solle eine größere Rolle spielen, betonte Schröder.

Im April 2010 kamen Expertinnen und Experten des Nationalen Forums erneut in sechs themenspezifischen Dialogforen zusammen: Die bereits erarbeiteten Eckpunkte sollten in konkrete Handlungsempfehlungen münden. Die Themenfelder waren: „Reform des Zuwendungsrechts“, „Weiterentwicklung der Freiwilligendienste“, „Bürgerschaftliches Engagement und Bildung“, „Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftliches Engagement“, „Engagementförderung als Infrastrukturförderung“ und

„Unternehmen und Engagement – Corporate Citizenship“.

Die in den Dialogforen erarbeiteten Empfehlungen wurden Anfang Mai 2010 dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von der Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation übergeben. Auf dieser Grundlage will das BMFSFJ nun gemeinsam mit den anderen Ressorts der Bundesregierung eine nationale Engagementstrategie entwickeln. |

Zwischenbericht des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation im Internet unter: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/05/Agenda_Gesamt_Web.pdf

Weitere Informationen: <http://www.b-b-e.de/index.php?id=forum>

Ruth Pons

Bundesregierung plant nationale Präventionsstrategie

Präventionsgesetz ist endgültig vom Tisch

Die neue Bundesregierung hat sich von einem zentralen Projekt der früheren Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) verabschiedet: „Die Bundesregierung wird den vom Bundesministerium für Gesundheit in der vergangenen Legislaturperiode erarbeiteten Entwurf eines Präventionsgesetzes nicht weiterverfolgen“, schreibt die Regierung in ihrer Antwort

(17/845) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/681). Vielmehr solle die gesundheitliche Prävention „in ressortübergreifender Verantwortung wahrgenommen“ werden.

Geplant ist demnach ein Gesamtkonzept zur gesundheitlichen Prävention mit dem Ziel, „Menschen zu gesundheitsbewusstem Verhalten anzuregen, sie zu befähigen, Erkrankungen